

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 134. Ratssitzung vom 16. Dezember 2016

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2016/305, Antrag 074, Postulat GR Nr. 2016/418 und Postulat GR Nr. 2016/437

Gemeinsame Behandlung der Anträge 074 bis 075a. (Postulate GR Nr. 2016/418 und 2016/437)

Andreas Egli (FDP) beantragt namens der FDP-Fraktion, das Postulat GR Nr. 2016/437 gemäss Art. 94 Abs. 3 GeschO GR sofort als Budgetantrag 075a. zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag von Andreas Egli (FDP) stillschweigend zu.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL) begründet den Antrag der RPK und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2463/2016): Die AL beantragt mit dem Postulat, den Stadtrat zu beauftragen, umgehend eine unkomplizierte Entlastung der Israelischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ) für ihre Sicherheitsaufwendungen zu prüfen und gemeinsam mit Bund und Kanton zu prüfen, wie die Sicherheitsaufwendungen von Minderheiten langfristig und unter welchen Bedingungen übernommen werden können. Wir beantragen mit dem Budgetantrag, vorsorglich 500 000 Franken für 2017 einzustellen. Es soll nicht zwingend ein direkter Beitrag an die ICZ sein, sondern könnte auch mit einer Budgetübertragung in einer anderen Form zu einer Entlastung der jüdischen Gemeinschaft führen. In Wiedikon existieren bei den Zentren der jüdischen Gemeinschaft – Schulen, Synagogen, Treffpunkte – Sicherheitskontrollen. Die Gemeinschaft hat ein Bedürfnis nach Sicherheit. Es gibt ein gewisses Misstrauen im Zusammenhang mit Antisemitismus in der Gesellschaft. Dies ist nachvollziehbar. 2001 wurde in Zürich an der Weberstrasse ein Rabbi ermordet. Im Juli 2015 haben in Wiedikon 20 Neonazis einen orthodoxen Juden angegriffen. Die Ausgaben der jüdischen Gemeinschaft sind rasant angestiegen. Die ICZ spricht von 1,5 Millionen Franken. Der Anstieg ist sicherlich auch mit dem zusätzlichen Sicherheitsbedürfnis im Zusammenhang mit den Anschlägen in den umgebenden Ländern zu erklären, die sich auch gegen jüdische Einrichtungen richteten. Die Debatte über die Kostenbeteiligung der öffentlichen Hand an diesen Sicherheitsaufwendungen wurde im Dezember 2015 an einer öffentlichen Podiumsdiskussion lanciert. Stadtrat Wolff sagte, es sei für ihn selbstverständlich, dass der Staat eine Verpflichtung habe, in einer solchen Situation die Gemeinschaften zu unterstützen und dass er einen Beitrag an die Sicherheitskosten zu leisten habe, insbesondere bei der jüdischen Gemeinschaft. Im Mai 2016 fand in Bern eine Debatte statt, bei der die verschiedensten Staatsebenen zusammentrafen. Am 1. November 2016 erschien ein Bericht des Eidgenössischen Departements des Inneren von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung. Im Zusammenhang mit den Sicherheitskosten wurde geschrieben, dass die jüdischen Organisationen eine Stiftung

gründen sollten, auf die namhafte Summen einbezahlt werden sollten, damit die Sicherheitsaufwendungen der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz finanziert werden könnten. Im Anschluss war in der Öffentlichkeit von einem Schwarzpeterspiel die Rede. Was der Bund sagte, war tatsächlich unsensibel. Dennoch wurde im Nationalrat ein Postulat zum Schutz von Minderheiten und Beteiligung an den Kosten abgelehnt, was in der jüdischen Gemeinschaft zu entsprechenden Reaktionen führte. Eine Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass Zürich in einer besonderen Verpflichtung steht. Zürich ist die einzige deutschsprachige Stadt, in der eine jüdische Gemeinde den Holocaust überlebt hat. Es sollte geprüft werden, ob Geld zur Verfügung gestellt werden kann. Es soll nicht darum gehen, dass die Stadtpolizei in Wiedikon mehr patrouilliert. Es geht um spezifische Bedürfnisse und um den Schutz der Treffpunkte der jüdischen Gemeinschaft. Wir möchten mit dem Postulat bekräftigen, dass der Stadtrat aufgefordert wird, rasch zu handeln, eine unkomplizierte Lösung und eine Kostenbeteiligung zu erbringen. Es soll auch darum gehen, die entsprechenden Grundlagen zu schaffen, damit eine solche Unterstützung auch für andere Minderheiten, die bedroht werden, bezahlt werden kann. Im Vorfeld wurden mir verschiedene Vorbehalte mitgeteilt, so etwa die Frage des Gewaltmonopols, das untergraben wird. Man muss festhalten, dass es um Sicherheitsaufwendungen geht, die nicht in das Gewaltmonopol des Staats eingreifen. Es geht um ein Schutzbedürfnis der jüdischen Gemeinschaft. Es wurde mir mitgeteilt, es ginge nicht an, dass wir private Sicherheitsdienste unterstützten. Auch diese Frage muss vom Stadtrat im Detail geprüft werden. Des Weiteren wurde gesagt, so könne sozusagen jeder Unterstützung verlangen. Es ist klar zu definieren, unter welchen Bedingungen ein Beitrag geleistet werden kann. Die Textänderung öffnet den Fächer, wie die Unterstützung und Entlastung stattfinden soll. Wir sind bereit, diese entgegenzunehmen. Es ist ein wichtiges Zeichen, das wir heute setzen müssen. Es geht nicht an, dass wir diese Aufgabe nochmals ein Jahr lang wie in einem Schwarzpeterspiel umherschoben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Ich werde sowohl zum Budgetantrag als auch zu den beiden Postulaten sprechen. Walter Angst (AL) hat bereits ausführlich von der Geschichte der vergangenen Monate erzählt. Es gibt mittlerweile in der gesamten Schweiz Bestrebungen, dass etwas unternommen wird, um die Sicherheit der Juden und der jüdischen Institutionen in der Schweiz zu verbessern. Tatsache ist, dass es immer noch Antisemitismus gibt. Weltweit gab es in den vergangenen Monaten verschiedene Angriffe gegen Juden und ihre Institutionen. Auch das Bundesamt für Polizei schrieb in seinem jüngsten Bericht zum Thema, dass dem Bund bewusst sei, dass jüdische Einrichtungen besonders exponierte Ziele des dschihadistischen Terrorismus und von antisemitisch motivierten Handlungen darstellen würden. In der jüdischen Gemeinde herrscht Verunsicherung und Angst. Man will sich möglichst gut schützen und Vorkehrungen treffen, dass nichts Schlimmes passiert. Die jüdische Gemeinschaft leistet deshalb hohe Ausgaben für die Sicherheit, die aber die Möglichkeiten der relativ kleinen jüdischen Gemeinschaft stark strapazieren. Die Stadtpolizei leistet bereits heute viel. Das wird von der jüdischen Gemeinschaft sehr geschätzt. Die Stadtpolizei ist an speziellen Feiertagen und an Anlässen präsent, verfügt über eine Hotline und ist sofort bereit, wenn eine Meldung eintrifft.

Sie ist auch jederzeit bereit für Beratungen und weitere Zusammenarbeit. Das reicht aber nicht aus. Genau deshalb gibt es Vorstösse auf verschiedenen politischen Ebenen. Die beiden bei uns vorliegenden Vorstösse fordern, dass die jüdische Gemeinde besser unterstützt wird. Der Vorstoss der FDP wird vom Stadtrat unterstützt. Es kann tatsächlich geprüft werden, wie die Polizei nicht nur jüdische, sondern generell bedrohte religiöse und kulturelle Gemeinschaften besser oder noch besser schützen kann. Das AL-Postulat lehnen wir in der vorliegenden Form ab. Falls der Textänderungsantrag so aussieht, wie er mir zur Kenntnis vorgelegt wurde, würde der Stadtrat den Textänderungsantrag annehmen und dem Vorstoss zustimmen. Wichtig ist auch der zweite Teil des AL-Postulats, der fordert, dass parallel zur Unterstützung der Stadt auch Kanton und Bund Voraussetzungen klären und prüfen sollen, auf welche Art und Weise nicht nur jüdische, sondern auch andere religiöse und kulturelle Gemeinschaften, die von gewalttätigen Angriffen bedroht oder betroffen sind, bei der Bewältigung ihrer Sicherheitsbedürfnisse unterstützt werden können. Ich gehe davon aus, dass auch die im Rahmen des Budgets beantragten 500 000 Franken in diesem Sinne eingesetzt werden sollen.

Andreas Egli (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2505/2016): *Wir streben eine Schwerpunktverlagerung an. Im Umfang der 500 000 Franken sollen die der Polizei zur Verfügung stehenden Einsatzmittel dort eingesetzt werden, wo sie dringend benötigt werden. Die Sicherung von Institutionen von Glaubensgemeinschaften in Zürich hat hohe Priorität, nach unserem Dafürhalten die höhere Priorität als das Verfolgen von Erwachsenen, die Kleinstmengen an Drogen konsumieren. Es gibt aber auch noch andere Bereiche, in denen eine Schwerpunktverlagerung vorgenommen werden könnte, so etwa bei nicht sicherheitsrelevanten Verkehrskontrollen, die lediglich der Geldbeschaffung dienen.*

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Das Postulat wurde aus unserer Sicht kurz vor der Debatte noch aus dem Ärmel geschüttelt. Wir sind nicht sicher, ob wir die Richtigen sind, die bestimmen sollen, welches Personal wo eingesetzt werden soll, und ob dasjenige Personal, das Kleinkonsumenten verfolgt, ebenso befähigt ist, eine Synagoge zu bewachen. Man hätte sich hier vorhin noch etwas genauer informieren sollen, was dies genau bedeutet. Bei Antrag 74 wechseln wir von der Zustimmung in die Enthaltung. Wir hegen grundsätzlich Sympathien für den Antrag. Paradoxe Weise hat sich ausgerechnet die linke Seite, die sich für die Zuwanderung aus jenen kulturellen Kreisen ausspricht, aus denen Leute hineinströmen, die Juden hassen, hier zu grossen Rednern aufgeschwungen. Mit der Begründung, dass auch andere kulturelle Gemeinschaften geschützt werden sollen, wird Tür und Tor für Organisationen geöffnet, die behaupten, sie seien bedroht. Die in der von der AL geäusserten mündlichen Begründung enthaltenen Aussagen sind in der schriftlichen Begründung nicht ersichtlich. Wir wechseln deshalb in die Enthaltung.*

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat GR-Nr. 2016/418: *Für die SP sind drei Punkte klar. Erstens: Alle Menschen in unserer Stadt haben ein*

Recht auf Sicherheit. Der ehemalige Bundesrat Willi Ritschard sagte: «Heimat ist dort, wo man keine Angst haben muss.» Der SP ist es ein grosses Anliegen, dass sich in Zürich alle Menschen sicher und zu Hause fühlen können. Das gilt im Besonderen auch für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Zweitens: Für die SP ist die Sicherheit eine staatliche Aufgabe. Deshalb sind wir der Meinung, dass auch der Staat für Sicherheit sorgen sollte und auch die Kosten der Sicherheit zu tragen hat. Drittens: Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Deshalb ist für unsere Fraktion eine Finanzierung von privaten Sicherheitsdiensten eine schwierige Angelegenheit. Zusammenfassend heisst dies: Es kann nicht sein, dass die jüdische Gemeinschaft für Sicherheitsaufwendungen stetig steigende Kosten hat. Es ist Aufgabe der Stadt und auch Aufgabe des Kantons und des Bundes, für die Sicherheit der jüdischen Einrichtungen zu sorgen. Wir sind der Meinung, dass die Stadtpolizei diese Aufgabe besser mit ihrem eigenen Personal ausführt, als dass private Sicherheitsdienste bezahlt werden. Unter dem Stichwort Diversity könnten gezielt jüdische Bürgerinnen und Bürger für Bewachungsaufgaben angeworben werden. Wir sind aber der Meinung, dass die Aufgabe grundsätzlich durch die Stadtpolizei ausgeführt werden sollte. Die SP wird dem Postulat der FDP zustimmen. Zum Postulat der AL werden wir die bereits erwähnte Textänderung einreichen. Wir schlagen folgenden Text vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der finanzielle Aufwand der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ) für Sicherheitsaufwendungen zum Schutz der Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft möglichst rasch reduziert werden kann. Parallel dazu soll zusammen mit dem Kanton und dem Bund geklärt werden, auf welche Weise religiöse und kulturelle Gemeinschaften, die von gewalttätigen Angriffen betroffen oder durch solche bedroht sind, bei der Bewältigung ihrer Sicherheitsbedürfnisse unterstützt werden können.» Mit dieser Textänderung möchten wir klarstellen, dass der Weg, dass die Stadtpolizei selber aktiv wird und Ressourcen zur Verfügung stellt, auch für andere bedrohte Gemeinschaften nicht ausgeschlossen ist. Bezüglich dem Betrag von 500 000 Franken, den die AL beantragt, werden wir uns der Stimme enthalten. Wir möchten damit den Bedenken Ausdruck verleihen, dass wir nicht möchten, dass private Sicherheitsdienste bezahlt werden. Wir möchten den Betrag aber auch nicht ablehnen, da wir der Meinung sind, dass die Sicherheit etwas kosten darf, unserer Meinung nach sollte dies aber im Sinne einer Umlagerung der Stellen innerhalb der Stadtpolizei geschehen und nicht in Form einer Stellenerhöhung.

Dr. Mario Babini (parteilos): *Im Enge-Quartier leben seit jeher viele jüdische Mitbewohner. In meinem Leben traf ich immer wieder auf intelligente jüdische Personen und zähle einige davon zu meinem Kollegenkreis. Mein bester Kollege allerdings ist ein Pfarrer in der christlichen Gemeinde. Deshalb werde ich dem Textänderungsantrag vollumfänglich zustimmen.*

Felix Moser (Grüne): *Wir vertreten eine sehr ähnliche Haltung wie die SP, kommen aber nicht ganz zum selben Schluss. Ein wesentlicher Punkt, an dem wir uns stossen, ist, dass eine halbe Million Franken für Dienstleistungen Dritter gesprochen wird, sprich, dass letztlich private Sicherheitsdienste finanziert werden. Wir sind der Meinung, dass die Stadtpolizei für anfallende Sicherheitsaufgaben in der Stadt zuständig sein sollte. Deshalb werden wir den Kredit von 500 000 Franken ablehnen. Andererseits sind wir*

auch klar der Meinung, dass das Sicherheitsbedürfnis der ICZ unbestritten ist. Deshalb werden wir dem Postulat mit der von der SP beantragten Textänderung zustimmen. Dem Postulat der FDP werden wir ebenfalls zustimmen.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP nimmt bei den beiden Vorstössen und beim Antrag differenzierte Haltungen ein. Bei Antrag 74 bleiben wir in der Enthaltung, da der Betrag von 500 000 Franken danach aussieht, als ob man einfach einmal eine Einschätzung gemacht habe und es damit probieren würde. Wir haben unsere Zweifel, ob diese Zahl wirklich geeignet ist. Zu den beiden Vorstössen: Ich gehe mit Florian Utz (SP) einig, dass das Gewaltmonopol bei der Polizei bleiben sollte. Wir sehen es als folgerichtig an, dass die Polizei entsprechend prüfen sollte, wie man die Sicherheitsfragen mit der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich lösen kann. Deshalb werden wir den Vorstoss der AL auch mit der entsprechenden Textänderung unterstützen. Den Vorstoss der FDP werden wir ablehnen. Die Polizei kann mit ihren operativen Mitteln selber bestimmen, wie sie sie einsetzt. Es ist nicht Aufgabe des Gemeinderats, bei der Polizei in diesem Umfang operativ einzugreifen. Der Stadtrat kann diese Frage selber abwägen und die Polizeikräfte am richtigen Ort einsetzen.

Samuel Balsiger (SVP): Kürzlich wurde im «Tagesanzeiger» ein Interview mit einem Extremismusforscher publiziert. Dieser zeigte auf, dass der Judenhass in den 60er-Jahren eher ein rechtsgerichtetes Problem war, das sich wandelte und auf die linke Seite überschwappte. Er sagt deutlich, dass heute die grösste Bedrohung von islamistischen Kreisen ausgehe und es manchmal zu unheiligen Allianzen komme, wenn beispielsweise Linksradikale und Islamisten gemeinsam Pro-Palästina-Aktionen durchführten. Deutschland hat eine sensible Beziehung zu den jüdischen Mitbürgern. Es herrscht ein breiter Konsens, dass vor allem auch junge Migranten aus dem arabischen Raum, die mit dem Palästina-Konflikt und dem geschürten Hass, der dort stattfindet, den Judenhass von rechts übernommen haben und dass es sich um ein Einwanderungsproblem handelt. Dass die SVP einer Budgetverschlechterung zustimmt, ist ein grosses Vertrauenszeichen gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Wir haben in der Fraktion kontrovers diskutiert und am Schluss entschieden, dass wir den jüdischen Mitbürgern helfen möchten. Die Aussagen von Walter Angst (AL), dass man auch noch jede andere Minderheit schützen müsse, sorgten allerdings dafür, dass sich die SVP in die Enthaltung begeben wird. Der Grundsatz, dass wir unseren jüdischen Mitbürgern, die einen Teil unserer Kultur ausmachen, schützen möchten, bleibt. Das Gewaltmonopol ist bereits nicht mehr auf die Art vorhanden, wie es hier beschrieben wurde. Die Synagogen müssen mit schusssicheren Fenstern bestückt werden, die Securitas muss patrouillieren, es braucht Überwachungskameras. Man muss den Tatsachen ins Auge sehen. Die jüdische Bevölkerung hat in Europa wieder ein Problem, und das Problem kommt aus dem arabischen und linken Raum.

Matthias Wiesmann (GLP): Markus Hungerbühler (CVP) hat die meisten Argumente bereits vorgebracht. Beim Antrag bezüglich der 500 000 Franken bleiben wir in der Enthaltung. Es ist noch nicht klar, wie dieser Betrag zustande kam, und ob er am Ende höher oder geringer ausfallen wird. Es ist auch noch nicht vollständig abgeklärt, wem das

Geld zugutekommen soll. So lange wir dies nicht wissen, möchten wir noch keinen Betrag sprechen. Wenn der Stadtrat hier allerdings einen gut aufgegleisten Zusatzkredit einreichen sollte, werden wir diesem selbstverständlich zustimmen. Für eine gute Aufgleisung braucht es das AL-Postulat und die Textänderung. Das Postulat der FDP ist eine mögliche Idee, wie man es umsetzen könnte. Hier allerdings schon konkret zu benennen, wo die Polizei Kräfte abziehen soll, wäre falsch. Die Polizei sollte dies selber beurteilen. Hier sind Ideen im Sicherheitsdepartement gefragt. Sobald alles vorgelegt wird, kann der Gemeinderat nochmals darüber diskutieren, ob die Schwergewichtsverschiebung gut ist oder ob zusätzliche Personen eingestellt werden müssen.

Michael Schmid (FDP): Dem Postulat der AL würden wir mit dem Textänderungsantrag der SP zustimmen. Die Konsequenz aus dieser offeneren Forderung und unserem eigenen Postulat ist, dass wir beim Budgetantrag in die Enthaltung wechseln.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden: Die AL nimmt die Textänderung an. Es ist ein Auftrag an den Stadtrat, im Themenfeld Finanzierung der Sicherheitskosten rasch eine Entlastung zu bringen und zudem die Grundlagen zu klären. Wir stellen fest, dass es eine seltsame Abstimmung über den Budgetantrag geben wird. Offensichtlich ist es eine Debatte, mit der sich auch der Gemeinderat sehr schwertut. Es geht nicht darum, dass irgendwelche Polizisten vor irgendwelchen Synagogen stehen. Wir stimmen darüber ab, ob es Geld braucht.

S. ---	25 2520 3650 0122	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Beitrag an Israelitische Cultusgemeinde Zürich (ICZ)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
074.	Antrag Stadtrat			500 000	0 500 000	Zustimmung Enthaltung
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			Begründung:	Entschädigung an Israelitische Cultusgemeinde Zürich für eigene Sicherheitsaufwendungen. Falls anstelle eines Beitrags an die ICZ die Sicherheitskosten auf anderem Weg reduziert werden, kann dem Gemeinderat eine Kreditübertragung beantragt werden		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

7 / 8

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 12 gegen 11 Stimmen (bei 102 Enthaltungen) zu. Der Antrag scheidet jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.

2544. 2016/418

**Postulat der AL-Fraktion vom 30.11.2016:
Entschädigung von Sicherheitsaufwendungen der religiösen und kulturellen
Gemeinschaften**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Antrag 074 (Beschluss-Nr. 2529/2016).

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2463/2016).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

Florian Utz (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag und begründet diesen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der finanzielle Aufwand der die Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ) für ~~eigene~~ Sicherheitsaufwendungen zum Schutz der Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft möglichst rasch reduziert unbürokratisch entschädigt werden kann. Parallel dazu sollen zusammen mit dem Kanton und dem Bund die Voraussetzungen geklärt werden, auf welche Weise in welchen Fällen und aufgrund welcher Rechtsgrundlage religiöse und kulturelle Gemeinschaften, die von gewalttätigen Angriffen betroffen oder durch solche bedroht sind, bei der Bewältigung ihrer Sicherheitsbedürfnisse unterstützt für eigene Sicherheitsaufwendungen entschädigt werden können.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 103 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

8 / 8

2545. 2016/437

Postulat von Andreas Egli (FDP), Marcel Müller (FDP) und 18 Mitunterzeichnenden vom 07.12.2016:

Schutz von religiösen und kulturellen Gemeinschaften vor gewalttätigen Angriffen durch eine Verlagerung des Schwergewichts der Polizeieinsätze

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe Antrag 074 (Beschluss-Nr. 2529/2016).

Andreas Egli (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2505/2016).

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 71 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat